

---

<b>Dienststelle</b>	<b>Datum</b>	<b>Vorlagen-Nr.:</b>
FD Schule und Sport	26.09.2007	15/0459
<b>Beratungsfolge</b>		<b>Sitzungstermin</b>
Schulausschuss		11.10.2007

---

**Beratungsgegenstand:**

- Einrichtung eines Schulhilfefonds  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 16.09.2007  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 16.09.2007

**Inhalt der Mitteilung:**

Die FDP-Fraktion hat in Ihrem Antrag vom 16.09.2007 gebeten, zu den Haushaltsberatungen 2008 ein Konzept inkl. Kostenrahmen über die Einführung eines Schulmittelfonds auszuarbeiten. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat ebenfalls am 16.09.2007 beantragt, einen Bericht zur Einführung eines Schulhilfefonds für Lernmittel und eines Zuschusses zum Schulessen in der nächsten Sitzung des Schulausschusses zu erstatten. Auf die als Anlage beigefügten Anträge der Fraktionen wird verwiesen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Modellabhängig ca. 26.300 € bis ca. 125.000 € zzgl. Personal- und Sachkosten; im Haushaltsjahr 2008 bisher nicht berücksichtigt

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Am 20.03.2007 stellte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag auf Gewährung von Beihilfen zur Beschaffung von Schulmaterialien für Kinder von ALG II – Empfänger/innen in der Stadt Emden. Dieser wurde am 19.06.2007 unter der Vorlage 15/0341 im Schulausschuss behandelt und dort zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Daraufhin gingen folgenden Anträge ein:

Die FDP-Fraktion stellte am 16.09.2007 den o. g. Antrag, die Verwaltung solle ein Konzept inkl. Kostenrahmen über die Einführung eines Schulmittelfonds zu den Haushaltsberatungen 2008 vorlegen.

Ebenfalls am 16.09.2007 stellte die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Antrag, die Verwaltung solle einen Bericht zur Umsetzung eines städtischen Schulmittelfonds für Lernmittel und eines Zuschusses zum Schulessen abgeben und dabei alternativ die bereits in verschiedenen Kommunen beschlossenen Regelungen auf ihre Wirksamkeit und deren haushaltsmäßigen Auswirkungen darstellen.

Die weiteren Details zu den Anträgen der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sind den Anlagen zu entnehmen.

Am 19.09.2007 ging ein Antrag der SPD-Fraktion ein, in dem die Verwaltung aufgefordert wird, in der Sitzung des Rates am 04.10.2007 eine Beschlussvorlage zur Einrichtung eines Schulhilfefonds für bedürftige Schülerinnen und Schüler einzubringen. Nähere Details sind der Vorlage 15/0444 zu entnehmen.

Nach Auffassung der Verwaltung sollte kein Bargeld an die Hilfeempfänger ausgezahlt werden. Es ist sicherzustellen, dass die städtische Hilfeleistung die bedürftigen Schülerinnen und Schüler erreicht. Stattdessen sollte die Hilfe in Form von Sachmitteln bzw. Beteiligungen an Sachmitteln geleistet werden, die den Schüler/innen direkt zur Verfügung gestellt werden. So wäre es denkbar in den Grundschulen z. B. Arbeitshefte, Schultaschen, Federtaschen, Sportausrüstungen o. ä. auszugeben. In den weiterführenden Schulen könnten z. B. Arbeitshefte, Atlanten, Taschenrechner etc. ausgegeben werden.

Weiterhin ist der Personenkreis der Hilfeempfänger zu konkretisieren. Es sollten auch Familien mit geringem Einkommen unterstützt werden, wobei dann ebenfalls klare Regelungen zu den Einkommensgrenzen zu treffen sind. Das Verfahren könnte durch die Einführung eines Familienpasses vereinfacht werden, der zu unterschiedlichen und noch festzulegenden Vergünstigungen führt.

Ebenfalls ungeklärt ist noch die praktikable Abwicklung der Hilfeauszahlung. Soweit die Schulen dieses vornehmen sollen, gibt es in den Schulen erhebliche Bedenken bezüglich der Stigmatisierung der betroffenen Schüler/innen und der Verteilung der Hilfen, da die derzeit vorhandenen Ressourcen dazu nicht ausreichen.

Sollte die Verwaltung die Auszahlung bzw. Bearbeitung der Anträge übernehmen, ergibt sich auch hier einen zusätzlichen Bedarf an personeller Ausstattung, der sich noch erhöht, soweit eine Einkommensprüfung vorgenommen werden muss.

Weitere Ausführungen zu den Konzepten und die Vorstellung verschiedener Modelle erfolgen mündlich in der Sitzung.

**Anlagen:**

- Antrag der FDP-Fraktion vom 16.09.2007
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 16.09.2007